

An die Unterbeamten und Angestellten im Staats- und Gemeindedienst.

LANDES-
UND STADT-
PUBLISCHER
VERLAG

Das Wort Arbeiter hat für manche Leute einen unangenehmen Klang, und hören sie gar vom Proletariat sprechen, so denken sie dabei an etwas Minderwertiges. Sie wollen um alles in der Welt nicht für Arbeiter gehalten, oder gar den Proletariern gleichgestellt werden.

Namentlich findet man diese Ansicht bei den Beamten und Angestellten des Staates oder der Gemeinde. Sie halten sich für etwas Besseres, weil sie eine reinlichere Arbeit haben, weil sie sich keine rüßigen Hände bei ihrer Beschäftigung holen, weil sie nicht im Arbeitskittel, sondern im bürgerlichen Rock oder gar in der Uniform ihren Dienst verrichten.

Und doch, was seid Ihr Beamten und Angestellten im Reich, Staat und Gemeinde anders als Arbeiter — mit der Regierung, dem Minister oder dem Bürgermeister als Arbeitgeber? Was seid Ihr anders als Proletariat — mit dem Elend und den Sorgen, die jeder arme Teufel zu tragen hat? Was seid Ihr anders als bedrückte und ausgebeutete Lohnslaven — vielfach mit noch größerer Rechtlosigkeit und Abhängigkeit, als Euer Bruder am Schraubstock oder hinter'm Pflug?

Gewiß, als Beamte habt Ihr Anspruch auf Pension. Vater Staat „sorgt“ für Euch in Eurem Alter. Aber überlegt Euch mal, wie viele von Euch so lange im Dienste sind, um dieses Alter zu erreichen! Ueberlegt einmal, was ihr bis dahin habt schuften und entbehren müssen, um das lärgliche Ruhegehalt zu erwerben! Und vor allen Dingen denkt daran, daß Ihr die Aussicht auf Altersversorgung bezahlen müßt mit völligem Verzicht auf freie Meinung und politische Ueberzeugung, daß Ihr aus Furcht, das Amt und die Pension zu verlieren, viele Rechte entbehren müßt, von denen der freie Arbeiter ungestört Gebrauch macht.

Nein, trotz Eurer Beamtenstellung, trotz Eurer Goldlügen, trotz Eurer Pension — seid Ihr nicht besser, bezüglich Eures Auskommens vielfach noch schlechter, und bezüglich Eurer staatsbürgerlichen Rechte unter allen Umständen übler dran, als Euer Bruder im Arbeitskittel!

Und weil das so ist, wendet sich die Arbeiterpartei an Euch, mit der Aufforderung,

am Tage der Reichstagswahl am 25. Januar gemeinsam mit der Arbeiterschaft einzutreten für das Wohl und die Rechte des Volkes, für die Hebung der Lage der Unterdrückten und Ausgebeuteten, für die Abschaffung des Unrechtes und des Elendes, das heute auf der Masse der Bevölkerung lastet, ob es sich nun um den kleinen Mann in Stadt und Land, ob es sich um den unteren Beamten und Angestellten in Staat und Gemeinde, oder ob es sich um den Arbeiter in Fabrik oder Werkstatt handelt.

Der Reichstag ist aufgelöst worden, weil sich für eine Kolonialforderung keine Mehrheit fand. Das Zentrum hat die Forderung abgelehnt, weil es sie zu hoch fand; die Sozialdemokratie, weil sie überhaupt für die Weltpolitik, wie sie vom Reiche betrieben wird, keine Mittel bewilligt, während die übrigen Parteien die Forderung der Regierung bewilligen wollten.

Welcher Standpunkt war hier der richtige? Urteilt selber: Die

Kolonial- und Weltpolitik

hat dem deutschen Reiche bisher gekostet rund anderthalb Milliarde, davon ist etwa eine halbe Milliarde auf den Krieg in Südwestafrika draufgegangen.

Diese Riesensummen sind teils in Rauch und Dunst aufgegangen, teils in die Taschen einiger Lieferanten

und Spekulanten geflossen. Irgendwelchen Nutzen haben die Kolonien dem deutschen Reiche nicht gebracht und werden ihn nicht bringen.

Hatte hier die Sozialdemokratie nicht recht, wenn sie sagt: für eine solche Schwindel-, Räuber- und Fensterpolitik ist uns auch jede Mark zu schade, diesem System keinen Mann und keinen Groschen — zumal die Ausgaben für Heer, Flotte und Kolonien, die im kommenden Jahre mit rund anderthalb Milliarde (1460 Millionen) Mark angelegt sind, aufgebracht werden lediglich aus den Mitteln der breiten, armen Masse?

Die Einnahmen des Reiches aus Zöllen und indirekten Steuern betragen 1179 Millionen Mark; davon entfallen nur 110 Millionen auf Einnahmen, die in der Hauptsache von der besitzenden Klasse getragen werden, so daß 1070 Millionen Mark von der besitzlosen Klasse, durch Besteuerung der notwendigen Lebens-, Genuß- und Gebrauchsmittel, aufgebracht werden.

Deutschland hat gegenwärtig 60 Millionen Einwohner, so daß auf den Kopf der Bevölkerung 18 Mark an indirekten Steuern kommen, was eine Familie von fünf Köpfen jährlich mit

90 Mark indirekte Steuern

belastet.

Frägt Euch, Ihr kleinen Beamten und Angestellten mit 900, 1000 und 1200 Mark Einkommen, ob es eine gerechte Besteuerung ist, wenn ihr mit 8–10 Prozent Eures Einkommens herangezogen werdet — abgesehen von den Steuern, die Ihr für Staat und Gemeinde zu zahlen habt.

Die Zölle und indirekten Steuern verteuern, wie der Verein Berliner Kaufleute berechnet hat, dem Rolke die Lebensmittel jährlich um 1 Milliarde 180 Millionen Mark, nur so kommt es, daß, im Vergleich mit England und Amerika, Deutschland das Land der höchsten Lebensmittelpreise ist, während andererseits bei uns die niedrigsten Arbeitslöhne gezahlt werden.

In einem Münchener Blatte veröffentlichte dieser Tage ein bayrischer Eisenbahnarbeiter seine Haushaltsrechnung vom vergangenen Jahre:

„Wie alle Jahre ergab der Vergleich zwischen Einnahmen und Ausgaben auch 1906 ein erhebliches Defizit. Trotz der eingetretenen Lohnerhöhung von täglich 40 Pfennig beläuft sich der Fehlbetrag auf 108 Mark 97 Pfennig. Der gesamte Arbeitsverdienst, Krankengeldbezug für acht Tage eingerechnet, betrug 1290 Mark 29 Pfennig, Krankengeld- und Pensionskassenbeiträge schon abgezogen. Zur Erlangung dieses Verdienstes waren nötig: 274 Arbeitstage, 17 Sonntagsdienste, 20 Nachtdienste und 142 Ueberstunden, insgesamt 3021 Stunden, was 335%, normalen Arbeitstagen gleichkommt. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 1397 Mark 26 Pfennig.“

Es folgt nun eine genaue Angabe der einzelnen Ausgabenposten, dann heißt es:

„Aus dem Angeführten ergibt sich, daß eben nirgends mehr etwas zu sparen ist. Es konnte überall nur das Notwendigste getan werden. Was aber machen erst Bahnarbeiter, die noch schlechter bezahlt sind und die nicht das ganze Jahr beschäftigt sind? Wie muß erst dort gehungert werden?“

Trifft diese Schilderung eines Mannes aus Eurem Stande nicht den Nagel auf den Kopf? Der Mann hatte nur eine Frau und ein Kind zu ernähren, wie aber geht es denen von Euch, die drei, vier, fünf oder mehr Kinder haben? Und warum ist die Frage Eures Kollegen berechtigt:

Wie muß erst anderswo gehungert werden:

Man sieht, der Beamte in Deutschland ist fast völlig rechtlos. Gegen diese Entrechtung, gegen diese Mundtotmachung eines zahlreichen Teils der Bevölkerung hat die Sozialdemokratie stets in entschiedener Weise Front gemacht. Aber die Regierung samt den bürgerlichen Parteien: Konservative, Liberale und Ultramontane — halten diese Vergewaltigung der deutschen Beamtenschaft für in der Ordnung, und so besteht denn zur Schande Deutschlands dieser

Man sieht, der Beamte in Deutschland ist fast völlig rechtlos. Gegen diese Entrechtung, gegen diese Mundtotmachung eines zahlreichen Teils der Bevölkerung hat die Sozialdemokratie stets in entschiedener Weise Front gemacht. Aber die Regierung samt den bürgerlichen Parteien: Konservative, Liberale und Ultramontane — halten diese Vergewaltigung der deutschen Beamtenschaft für in der Ordnung, und so besteht denn zur Schande Deutschlands dieser

„Ich bin auch ein Kolonialschwärmer, aber wenn ich mir abends bei Tisch meine Kinder betrachte, wie sie sehnsüchtig nach einem Stückchen Wurst lugen, dann wird meine Schwärmererei doch etwas abgekühlt. Oder wenn ich darüber nachdenke, daß ich als kaiserlicher Beamter gezwungen bin, meiner Familie die Woche zwei- bis dreimal versagen, dann steigt doch ein gewisser Zweifel auf. Es ist kein Geld da für die dringenden eigenen Lande, um die eigenen Angehörigen zu bewahren, und da spricht man von Weltkriegen. Welcher Geschäftsmann wird sich Spekulation einlassen, so lange er kein Geld hat, um seine Angehörigen zu bezahlen?“

Der Beamte, der dieses schrieb, bezog sich auf ein Einkommen von 2600 Mark. Die weitaus größte Mehrheit der Beamten und Angestellten, sei es nun in der Reichs- oder Gemeindefunktion, muß sich mit dem Weniger begnügen. Welchen Grund haben Beamte und Angestellte mit dem Hunger nach Kolonial- und Weltpolitik zu begeistern, während für die Aufbesserung ihrer Lage nicht mal ein paar Millionen vorhanden sind?

Post und Eisenbahn machen riesige Anstrengungen, um die Ueberschüsse zu verbessern des Betriebes und zur Erhöhung der Gehälter, während die Riesensummen für Kriegsministeriums, der Marine- und Luftfahrt, damit neue Kasernen errichtet, neue Post- und neue Afrikaerziege unternommen werden.

Und an diesem Zustand sind alle Parteien schuld. Die Sozialdemokratie — schuld! Im Zentrum haben die Millionen und Millionen für die Flotte und Weltpolitik bewilligt; sie haben indirekten Steuern geschaffen, die das arbeitende Volk belasten.

Nur die Sozialdemokratie

hat hier das Wohl der kleinen Leute, der Arbeiter zu verteidigen gewagt, in riesenhafte Ausgaben für Heer und Flotte und indirekten Steuern, gegen die Lebensmittel, gegen Brot- und Fleisch.

Die Sozialdemokratie ist auch, wie alle Unterdrückten, für die Gleichberechtigten und städtischen Beamten eingetreten. Schande unserer Regierungen und Parteien muß gesagt werden, daß die Beamten bürgerlichen Freiheiten und Rechte nach Gesetz und Verfassung jedem Bürger zuerkannt.

Die Beamten haben zum Beispiel nicht das Recht. Gewiß, das Gesetz schließt sie nicht aus, die Regierung nimmt ihnen dieses Recht nicht, so will es Euer Arbeitgeber: der wie die Arbeiter in Berufsvereinigungen ihre Lage zu verbessern und gegen Unterdrückung zugehen.

Die Beamten haben nicht einmal das Recht: sie dürfen nicht einmal Eingaben vorbringen, um für die Annahme dieses oder jenes Gesetzes zu bitten. Auch das Gesetz, wie z. B. der Posttarif noch so tief und Wehe eingreift.

Über jetzt der Tag gekommen, wo es den Angestellten in Reich, Staat und Gemeinde um ihr Recht nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen geht. Aber die Regierung gegen das System der Unterdrückung und Ausbeutung, unter der sie zu leiden haben, als die gewerbliche

gibt jedem Reichs-, Staats- und Gemeinde-Beamten das Recht der freien politischen Ueberzeugung und dieses Recht wird dem Beamten, wo die Kontrolle möglich ist, verwehrt, aber

Alles zum Reichstag ist geheim,

Schutzmaßnahmen statt, die eine Nachforschung ermöglichen.

In Umständen hat jeder Beamte die doppelte Pflicht, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Und wenn er seine Lage erkannt hat, wenn es sich handelt bei der gegenwärtigen Wahl, wird er keinem anderen seine Stimme geben als den Kandidaten der Sozialdemokratie.

Bei der vorigen Wahl (1903) haben drei Millionen Wähler durch Abgabe eines roten Kreuzes der Sozialdemokratie ihr Vertrauen ausgedrückt, zweifeln nicht, daß am 25. Januar

vielen sozialdemokratischen Wähler

die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß ihr einziges Ziel darauf hingeht, das Wohl und die Interessen des Volkes zu wahren, die Lage des kleinen Mannes, des Arbeiter in Uniform wie im Mittel zu verbessern, eine Gesellschaftsordnung aufzuräumen, auf der Seite eine kleine Minderheit mit ihren Rechten und Mitteln schafft, auf der anderen Seite eine breite Masse, die in Elend und Verkommenheit lebt.

Die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft und auch der Teil des Beamtentums dieser Partei als Angehörige, so sollte auch der letzte der in der ersten Angehörigen am 25. Januar seinem Gewissen eine Stimme geben, als dem

Kandidaten der Sozialdemokratie

Hermann Grimpe.

des Staates und der Gemeinde, reicht den Fabrik- und Werkstatt die Bruderhand, auf die gleiche Weise in Uniform wie im Amtsdienst, in der Bluse sich am Tage der Abrechnung erhebe, um mit dem Stimmzettel Zeugnis



**für die Freiheit, das Recht und das Wohl des Volkes!
Gegen Ausbeutung, Bedrückung und Entrechtung!**